

35 Jahre - Geschichte der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Bremen e.V.

Am 13. Februar 1989 haben wir mit ein paar palästinensischen und deutschen Freunden die DPG in Bremen satzungsmäßig ins Leben gerufen. Wir wussten zu dem Zeitpunkt noch nicht, dass es auf Bundesebene schon eine DPG gab.



(Dieses Emblem hat unser Freund, der in Deutschland bekannteste palästinensische Maler Ibrahim Hazimeh – wohnhaft seinerzeit in Berlin 1990 entworfen)

Hintergrund meiner Bemühung um die Gründung waren die schlimmen Erfahrungen auf einer von der Landeszentrale für politische Bildung hervorragend organisierten Reise nach Palästina und Israel. Der damalige Chef der LzpB-Bremen und Leiter der Reise Dr. Frank Boldt (früherer Redenschreiber von Bundeskanzler Willi Brandt) hatte ein umfassendes Programm organisiert, was sowohl Sightseeing, wie auch Gespräche mit Politikern, Philosophen, Siedlerideologen, Palästinensischen Professoren und sogar Besuche im nichtzugängigen Zentrum des armenischen Viertels umfasste. Er konnte das realisieren, da er mit einer armenisch-stämmigen Palästinenserin verheiratet war. Es waren prägende Erlebnisse wie z.B. ein geheimer Besuch mit meinem Freund Wolfgang Klatt beim Stellvertreter Arafats für die besetzten Gebiete Milhem.



Während eines geheimen Besuchs beim Vertreter von Arafat, dem für die besetzten Gebiete zuständigen PLO- Führer Milhem in seinem Haus in der Nähe von Jerusalem

Die einschneidendsten Erlebnisse, die bei mir und einigen anderen eine zunehmende Empörung auslösten waren u.a. ein eigentliche verbotener Besuch mit der Prof. Sumaya Farhat-Naser in der zu der Zeit wie auch alle Schulen und anderen Unis geschlossenen Universtät BirZeit, in der es den Eindruck machte, als wenn gerade eine Neutronen-Bombe eingeschlagen hätte, die nichts kaputt macht, nur des Leben auslöscht- gespenstisch. Kaum drin kamen ein paar sehr junge israelische schwerbewaffnete Soldaten mit vorgehaltener Waffen und vertrieben uns sofort bedrohend. Eine weitere Station war ein Vortrag in einer Schule in Kiriath Arba, der inmitten von Hebron mit 200000 Palästinensern liegenden Siedlerhochburg mit seinerzeit noch wenigen 100 radikalen „Siedlern“. Ein Knesset-

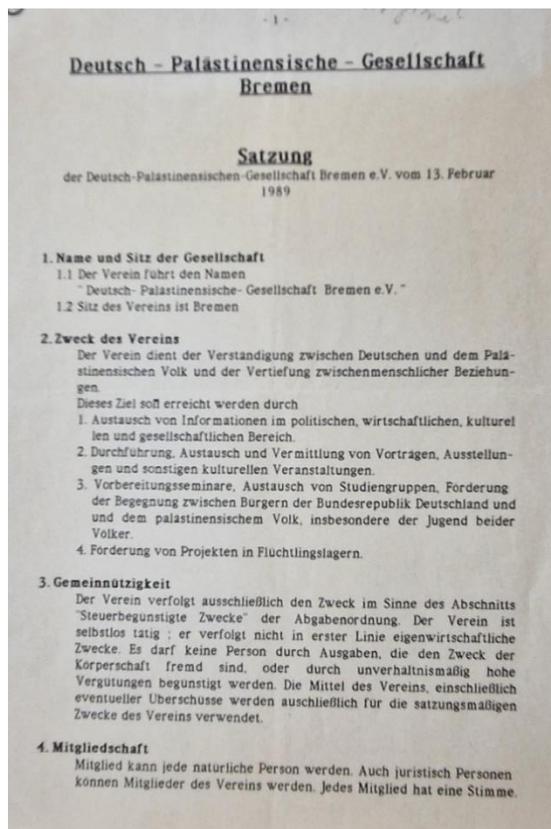
Abgeordneter, der die „Siedler“ repräsentiert, referierte und sagte auf Englisch in etwa folgendes: „die Araber und Perez, (der damalige Präsident der Arbeits-Partei), müssen in den Jordan getrieben werden“. Ich glaubte meinen Ohren nicht zu trauen und verließ empört den Raum, denn der Typ wusste genau, wer vor ihm saß, mehrere Landtags-Abgeordnete. Seitdem weiß ich, wie radikale „Siedler“ ticken. Das dritte Erlebnis war während eines Besuchs beim damaligen Bürgermeister von Bethlehem Freijsh. Auf dem zentralen Platz stand zu der Zeit noch ein israelisches Militärlager und während wir beim Gespräch saßen, fielen mehrere Schüsse und der Bürgermeister eilte raus. Zurück erklärte er, dass auf Steine werfende Jugendliche geschossen worden sei und das passiere dauernd. Am Ende der Reise sollte ein Abschiedsabend organisiert werden. Es gab aber keine Einigkeit in der Reisegruppe, obwohl alle die gleichen schlimmen Ereignisse erlebt hatten, in einem israelischen oder palästinensischen einen Abend zu verbringen. Deshalb organisierte der Leiter ein Treffen in einem armenischen Lokal, das direkt neben dem armenischen Kulturladen nach einem längeren Durchgang zum armenischen Viertel lag. Kaum hatten wir Platz genommen stürmte ein Jugendlicher in das im Souterrain gelegene Lokal, verfolgt von israelischem Militär. Was war passiert? In dem Durchgang liegt ebenerdig ein Schaufenster und da es zur Osterzeit war, kam eine Prozession polnischer Juden vorbei und eine Person aus dieser Prozession hatte mal eben in die ebenerdige Fensterscheibe gekickt. Die Militärpolizisten verfolgten nicht etwa den Täter, der die Scheibe kaputtschlug, sondern den Jugendlichen, der zum Kulturladen gehörte und sich verständlicher Weise lautstark wehrte, weil, wie wir lernten, dieser „die Prozession gestört habe.“ Für uns Unfassbar! Selbst auf dem Flughafen in Tel Aviv hatten wir noch eine interessante Wahrnehmung. An dem Tag kaufte unser Leiter die englischsprachige „Jerusalem Post“, wo die Schlagzeile auf der Titelseite lautete: „Die Araber sollten alle deportiert werden“ (auf englisch). Mein Lernprozess neben den Wahrnehmungen, wie die tagtäglichen Beeinträchtigungen, Verfolgungen und Schikanen durch die Besatzung war: „Wenn mehrere Personen dasselbe erleben, heißt das nicht, dass alle auch die gleichen Konsequenzen daraus ziehen!“ Ich zog mit einigen Freunden aus dieser Reise die Konsequenz, eine Gesellschaft zu gründen, um etwas für die Palästinenser zu tun, mit Aufklärung über die Geschichte und Kultur Palästinas und Organisation von Hilfsprojekten! Doch bevor ich mit anderen einen Verein gründete, verabredete ich mit meinem Freund und Mitreisendem Wolfgang Klatt mit unserem damaligen Bürgermeister und Präsident des Senats Hans Koschnik, der damals auch Bundesvorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft war (aus heutiger Sicht und gemessen an der heutigen Führungsschicht der DIG unvorstellbar) um mit ihm zu beraten, was das für uns als damalige Bürgerschaftsabgeordnete bedeuten würde.



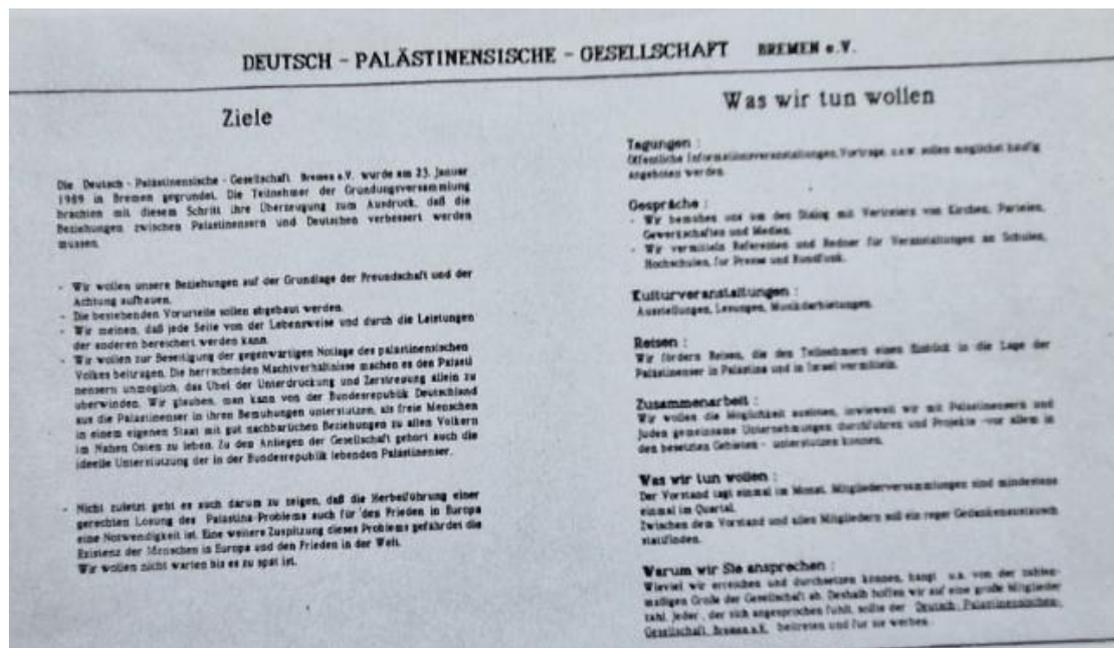
Beratung mit dem Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats Hans Koschnik, der zu der Zeit auch Präsident der von ihm mitgegründeten DIG Deutsch-Israelischen Gesellschaft auf Bundesebene war und viel für Völkerverständigung, Ausgleich und Frieden leistete.

Er formulierte drei klare Ansagen: 1. „Karriere macht ihr damit nicht“; 2. „wenn ihr diskutiert, diskutiert über die Wasserfrage als Hebel“ (was ich zunächst nicht begriff, aber als wir das erste Projekt in Birzeit in der Westbank mit dem Bau eines Bauernhof unterstützend beginnen wollten und dann monatelang um den Bau eines Brunnens auf palästinensischen Grund und Boden mit den israelischen Behörden ringen mussten, erschloss sich der Hinweis grundlegend für weitere spätere Erfahrungen); 3. „diskutiert immer faktenbasiert und nie theoretisch ideologisch, sonst werdet ihr immer angreifbar“.

Am Anfang war der Gründungsprozess sehr chaotisch, da viele Palästinenser in unterschiedlichen Lebenssituationen, aber alle Migranten auf der Suche nach Orientierung und deutsche palästinaorientierte Aktivisten verschiedener politischer zum Teil chaotischer Orientierung. Wir schafften es, zunächst alle Begehrlichkeiten abzuwehren und einen soliden Vorstand gleichberechtigt aus deutschen und palästinensischen Leuten auf der Basis der entworfenen Satzung zu wählen. Unter den palästinensischen Vorständlern waren zu Beginn der selbständiger Architekt Mohamed Rayyan und seine Frau Bärbel, der Unternehmer Saleh El Sarey und der Sozialarbeiter Mounir el Serry. Unter den deutschen neben mir ein weiterer Bürgerschafts-Abgeordneter Wolfgang Klatt, die schon seinerzeit in der Jugendarbeit mit palästinensischen Jugendlichen engagierte pädagogische Mitarbeiterin Anette Klasing, spätere wegen ihres vielfältigen sozialem Engagement als „Frau des Jahres“ in Bremen geehrt, die Arabistin Ivesa Lübben (die das erste Buch über die erste Intifada schrieb) und der Lehrer Wilhelm Stichauer und seine Frau Marlene. Gemäß der Satzung haben wir seither über 33 Jahre lang zahlreiche Veranstaltungen und Projekte durchgeführt.



Die erste Seite unserer Satzung, mit der wir dann auch die Gemeinnützigkeit beim Finanzamt erreichten, als Voraussetzung für das absetzbare Einziehen von Beiträgen und Spenden



Schon früh haben wir auch engagierte jüdische israelische Kritiker der israelischen Besatzungspolitik als Gastreferenten eingeladen, wie zum Beispiel Gidion Spiro 1991, ein ehemaliger Oberst der israelischen Fallschirmtruppen, der seinen Militärdienst nach Einsätzen in den besetzten Gebieten quittierte und als angefeindeter Journalist arbeitete. Ebenso 1992 Uri Avnery, den bekannten Hochschullehrer, Journalist und Knesset-Abgeordneter, der in seiner Jugend, als er von Deutschland 1933 nach Israel emigrierte noch ab 1938 als

Untergrundkämpfer der berüchtigten Gruppe Irgun gegen britische Mandatstruppen und arabische Stoßtruppen kämpfte und ab 1967 zur Einsicht gelangte, dass sich nur der Kampf für Frieden und Verständigung lohnte. Ebenso Felicia Langer, die israelische Menschenrechtsanwältin, Friedensaktivistin und Trägerin des alternativen Nobelpreises.

Ab 2008 versuchten wir erstmalig mit anderen Friedens- und Palästinaorientierten Gruppen und Personen eine gemeinsame Plattform zu finden und gründeten das für einige Zeit bestehende „Bremer Netzwerk für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“, das im „Forum Kirche „ tagte und Veranstaltungen plante und Stellungnahmen verfasste. Für dies Netzwerk hatte Ivesa Lübber die Plattform verfasst. Leider hatte diese Form der Zusammenarbeit auf Grund von bald auftretenden Ansichten über die richtige Strategie nicht lange gehalten. Es gab aber zunächst dafür auch ein nach längeren Diskussionen eine Papier zum Selbstverständnis, Struktur und Arbeitsweisen. Später haben wir einen neuen Versuch zur Zusammenarbeit gestartet und den „Arbeitskreis Nahost Bremen“ realisiert, nachdem andere Gruppen ihre Arbeit einstellten.

Wir haben als DPG in den 35 Jahren seit der Gründung mehrere Hundert Vortragsveranstaltungen mit zum Teil namhaften und sehr bekannten Referentinnen und Referenten aus Palästina, Israel, ganz Europa, anderen Staaten der Nahen Osten und sogar aus den USA realisieren können. In dem ersten Jahrzehnt hatten wir auch zahlreiche Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft aus der SPD-Fraktion, den GRÜNEN, ja sogar eine CDU-Abgeordnete zu Mitgliedern gewinnen können. Schon früh lernten wir den Generaldelegierten Abdallah Frangi kennen (Seinerzeit hatte die Vertretung noch nicht den Rang einer Botschaft). Wir trafen Frangi immer wieder mal in der damaligen Vertretung in Bonn. Frangi war schon damals eine von allen namhaften deutschen Politikern anerkannter „Botschafter“ Palästinas und enger Vertrauter von Arafat. Es gelang uns den Bremer Senat zu überzeugen, Frangi als erstes Bundesland offiziell zu empfangen. Dies geschah schließlich in der Ständigen Vertretung Bremens in Bonn stellvertretend für den Senat durch die Senatorin für Gesundheit Dr. Vera Rüdiger. Im Anschluss lud uns Abdallah Frangi nach Meckenheim in sein seinerzeit streng bewachtes Privathaus ein, zu einem gemeinsamen intensiveren Kennenlernen mit unserem Vorstand.



Senats-Empfang für Abdallah Frangi durch die Senatorin für Gesundheit Dr. Vera Rüdiger im Gästehaus des Bremer Senats in Bonn mit dem Vorstand der Bremer DPG



Abdallah Frangi bewirbt den Vorstand der Bremer DPG in seinem Haus in Meckenheim bei Bonn

Eine erste große Auseinandersetzung mit viel öffentlicherer Begleitung gab es bei dem Versuch, eine Ausstellung mit den Bildern des bekannten palästinensischen Malers Ibrahim Hazimeh im Haus der Bremischen Bürgerschaft durchzuführen. Hazimeh, war zu der Zeit der wohl bekannteste palästinensische Maler, Meister-Schüler des renommiertesten DDR-Malers Heisig in Deutschland. Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft Dr. Dieter Klink lehnte aber diese Ausstellung ab, weil er bei zwei Bildern, die in der Art von Delacroix Bild „Sturm auf die Bastille“ zweifarbig gefasst waren, eine antiisraelische Aussage zu erkennen glaubte. Es gab darüber in den Fraktionen und dem Plenum der Bremischen Bürgerschaft hitzige Debatten und zum ersten Mal erkannte ich, dass auch ein friedenspolitisches Engagement Sprengkraft bedeuten kann, wenn sich die Geister auf Grund der deutschen Geschichte und der Beziehungen zu Israel scheiden. Da sich der Präsident der BB trotz der Meinung der überwiegenden Mehrheit der Parlamentarier weiter weigerte, die Ausstellung zuzulassen, erklärte sich der Präsident des Senats Bürgermeister Klaus Wedemeier, nachdem er die Sprengkraft dieser öffentlichen Auseinandersetzung erkannte bereit, für einen anderen öffentlichen Ort zu sorgen und auch die Eröffnungsrede zu halten. Der damalige Leiter des Bremer Staatsarchivs Dr. Müller bot umgehend an, dass das in der Halle des Staatsarchivs stattfinden könne. So geschah es dann auch am 4. April.



Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung in der Halle des Staatsarchivs mit dem Leiter Dr. Hartmut Müller, dem Bürgermeister Klaus Wedemeier, dem Generalbevollmächtigten Abdallah Frangi und dem Künstler Ibrahim Hazimeh und zahlreichen Gästen

Hinzu kam, dass auch der bekannte Bremer Regionalsender Buten +Binnen sein Interesse an dem Konflikt entdeckte und ein Aufnahmeteam nach Berlin zum Künstler schickte. Zur besten Sendezeit am Abend wurde nach Erläuterung des Konflikts und der Dokumentation etlicher Bilder, wie auch der in der Kritik stehenden die Frage aufgeworfen, wo das Problem sei. Eine mediale Ohrfeige für den Präsidenten der BB. Am Tag der Eröffnung kamen neben zahlreichen Besuchern und aufgezeichnet wiederum von buten+binnen einige hochrangige öffentliche Funktionsträger und Medienschaffende, u.a.: Abdallah Frangi, der Botschafter aus Bonn, der Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier, der Leiter des Staatsarchivs Dr. Hartmut Müller als Hausherr, Der Künstler Ibrahim Hazimeh und seine Frau und der seinerzeit wichtigste und anerkannteste jüdische Bremer Filmemacher und Autor Karl Fruchtmann und seine Frau. Sie trafen sich vor den beiden angeblich antisemitisch wirkenden Bildern und die Reaktion war einmütig. Kunst, aber nicht im Ansatz antisemitisch.

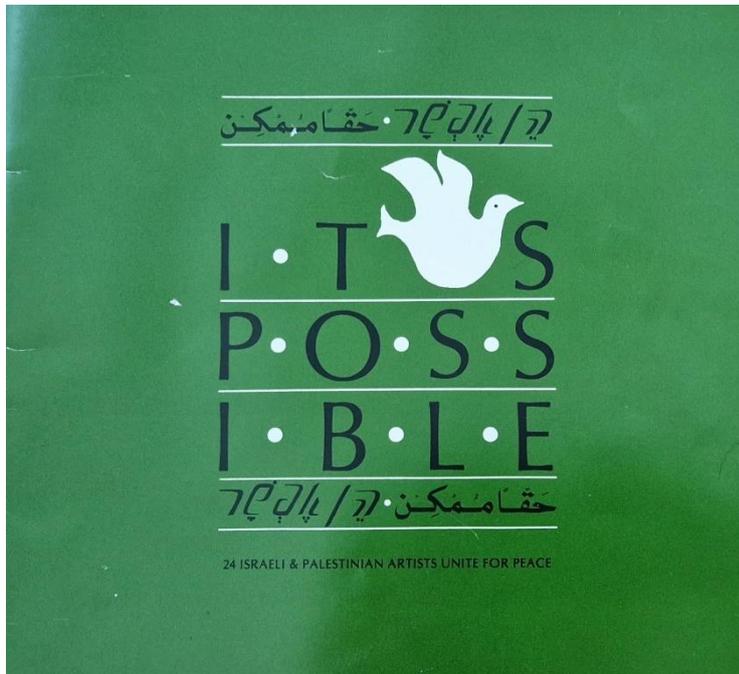


Der Künstler Ibrahim Hazimeh erläutert dem Bürgermeister Wedemeier und Abdallah Frangi vor den umstrittenen Bildern, worum der Konflikt absurderweise ging. Es gab nach Eröffnung keinerlei Probleme und etliche hochrangige Besucher wie auch der spätere Bürgermeister Dr. Henning Scherf und der renommierte Jüdische Autor und Filmemacher Karl Fruchtmann kamen. Der palästinensische Künstler Hazimeh und der jüdische Filmautor Fruchtmann schlossen noch vor Ort Freundschaft.

Hinzu kam der Zufall, dass beider Frauen an dem Tag Geburtstag hatten, sodass es letztlich eine Art Geburtstagsfeier unter besonderen Bedingungen gab.

Ein paar Jahr später wollten wir wieder eine Ausstellung im Haus der Bürgerschaft realisieren. Wieder gab es Ablehnungen, obwohl es diesmal eine Ausstellung war, die um die ganze Welt gegangen war und einen hervorragenden Ruf hatte, da nämlich die 30 Künstler je zur Hälfte bekannte palästinensische und israelische Maler waren, die den berühmten symbolischen Friedensvertrag palästinensischer und israelisch jüdischer Intellektueller mitunterzeichnet

hatten – „It is possible“. Die Ausstellung wurde zunächst abgesagt, da keinerlei Ausstellungen während des Irak-Krieges mehr stattfinden sollten. Als der Krieg vorbei war und das Argument nicht mehr zog, beantragten wir das aufs Neue und nach einigem Hin und Her und wohl der Ratgeber des Präsidenten der BB, dass er sich noch mal blamieren möge, fand die Ausstellung in der Bürgerschaft statt und obendrein eröffnete der Präsident diese, indem er in seiner Rede letztlich über seinen Schatten springen musste.



Das Deckblatt des Ausstellungsprospekts der Ausstellung im Saal der Bremer Bürgerschaft

Beide Ausstellungen wurden wohl auch wegen der heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen extrem gut besucht. Hierzu gibt es noch eine schöne Begebenheit. Am Ende der Ausstellung wollte ich ein Bild von Vladimir Tamari, einem international bekannten palästinensischen Künstler, der in Tokio lebt, kaufen. Leider ging das nicht, da das Bild vom Künstler seiner Schwester versprochen hatte. So kaufte ich ein ähnliches Bild von ihm. Jahre später fragte mich die Universitätsleitung, ob ich eine kleine Delegation aus Palästinenser in Bremen betreuen würde. Die Delegation war begleitet und organisiert von der KAS in verschiedenen Universitätsstätten gewesen, um verschiedene Anlagen kennen zu lernen. Die Delegation wurde vom lange in Amman in Jordanien im Exil lebenden Rektor Naser der Universität BirZeit geleitet, begleitet von seiner Frau. Naser hatte ich schon auf einer früheren Reise nach Palästina über Amman kennen gelernt. Ich lud die Delegation zu uns nach Haus ein. In unserem Wohnzimmer hing das Bild von Vladimir Tamari an der Wand. Als die Frau ins Wohnzimmer kam und das Bild sah, brach sie einen erstaunten Schrei aus und erklärte uns erstaunten Anwesenden, dass Tamari ihr Bruder sei und sie das andere Bild bei ihnen zu Hause als Geschenk ihres Bruders hinge. (So klein ist die Welt!). Eine weitere Ausstellung mit Werken von Ibrahim Hazimeh fand ein paar Jahre später in der privaten Galerie in der Gertrudenstrasse (Gertrudenhof) statt. Eröffnet wurde sie von Abdallah Frangi. Es gab keine diesmal Konflikte und die Ausstellung wurde ein voller Erfolg.



Eröffnung der Ausstellung im Gertrudenhof in der Gertrudenstrasse mit der Galeristin und unserem Schriftführer Wilhelm „Hemmele“ Stichauer und mir vor dem Ausstellungs-Prospekt



Das Bild des weltweit bekannten in Tokio lebenden palästinensischen Malers Vladimir Tamari, das in der Ausstellung hing und ich im Anschluss der beendeten weltweit gezeigten Ausstellung erwarb und zu dem die Schwester des Malers das Pendant geschenkt bekam

Den Rektor Naser, der all die Jahre im Exil weiter Rektor blieb, traf ich übrigens anlässlich einer Reise, die ich zusammen mit dem Rektor der HS-Bremen und Begleitung zur Universität BirZeit gemacht habe. Grund war der Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen der Hochschule Bremen und der Universität BirZeit, der es ermöglichen sollte, Studentenaustausch und Wissenschaftstransfer zu organisieren. Das Zustandekommen dieses Vertrages hatten wir meinem Freund Wolfgang Klatt, ebenfalls Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und Schatzmeister der DPG-Bremen und der Professorin Sumaya Farhat Naser vorbereitet, die wir ja auf unseren früheren Reisen kennen gelernt hatten.

26 HINTERGRUNDBREMEN tax SAMSTAG, 16.4.1988

Palästina-Connection mit Birzeit beleben

Kooperation mit palästinensischer Hochschule „Birzeit“ soll wiederbelebt und ausgebaut werden / Zwei SPD-Bürgerschaftsabgeordnete wurden aktiv / Bremer Arabistinnen zum Sprachunterricht nach Palästina

Unsere Weltstadt Bremen kooperiert weltweit und wissenschaftlich mit Universitäten in Paris und New York, Florenz und Bogota, Poona und Gdansk. Doch die Kontakte zu ihrer allerersten und hochpolitisch-palästinensischen Kooperationspartnerin „Birzeit“ hat die Universität in den letzten Jahren „einschlafen“ lassen, wie Konrektor Hermann Cordes gegenüber der taz bedauerte. Auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Detlef Griese und Wolfgang Klatt soll diese Partnerschaft nun wiederbelebt und auf die Hochschule Bremen ausgedehnt werden. Detlef Griese: „Nachdem Bremens Städtepartnerschaft mit Haifa begründet ist, wollen wir darauf drängen, daß Beziehungen zur palästinensischen Seite aufgebaut werden.“

Ihre palästinensische Kooperationspartnerin Birzeit hat die Bremer Universität noch von ihrer Vorgängerin, der Pädagogischen Hochschule, geerbt. Die Hochschullehrerin Streckert hatte bereits in den 60er Jahren Kontakte zu einer evangelisch-lutherischen Schule in der Westbank geknüpft.

Sie bewirkte, daß das Land Bremen seit 1969 Stipendien an AbsolventInnen dieser Schule vergab. 1978 beschloß die Universität Bremen, statt des Stipendien-

programms mit rund 10.000 Mark jährlich die in der Westbank, 25 km nördlich von Jerusalem gelegene Universität Birzeit zu unterstützen. 1981 nahm sich

der Bremer Hochschullehrer Ulrich Boehm zunächst mit großem Elan der Kooperation an und zweimal reisten Delegationen Bremer StudentInnen und ASTA-Vertre-

ten zu intensiven work-camps der Partneruni. Doch diese Basis erwies sich für dauerhafte Kontakte als zu schmal. Zudem wurden dank Bremens Spierpolitik auch die Zuschüsse an die palästinensische Partnerin gestrichen. Senator Franke lieferte die Begründung: Eine Kooperation mit Birzeit sei erst möglich, wenn nach dem Bremer Prinzip der „Doppelförderung“ auch eine israelische Forschungseinrichtung unterstützt werde.

Das Argument der „Doppelförderung“ haben sich die SPD-Abgeordneten Griese und Klatt nun zunutze gemacht. Nächsten Mittwoch wollen sie auf dem UB-Parteitag Bremen-Ost beantragen, im Anschluß an die „Internisierung“ der Beziehungen zur israelischen Stadt Haifa... Projekte in den von Israel besetzten Gebieten (wie z. B. Birzeit) ideell und materiell zu unterstützen“. Da beide Abgeordneten auch im Haushaltsausschuß sitzen, sind sie optimistisch, das Ihrige zu einer „materiellen Förderung“ Birzeits beisteuern zu können.

Vergangenen Mittwoch hatten die beiden Abgeordneten die

Hochschullehrerin Sumaya Farhat-Naser aus Birzeit zu Gast. In Gesprächen mit SPD-Spitzen-Politikern, sowie mit Uni-Konrektoren und Fachhochschul-Rektor lotete die Palästinenserin neue Kooperationsmöglichkeiten aus. Besonders der Rektor der Hochschule Bremen, Ronald Mönch, verspricht sich viel von Kontakten in die Westbank. Er möchte, daß Arabisch-Studientinnen aus dem neuen Studiengang „Angewandte Weltwirtschaftsprachen“ ihren vorgeschriebenen einjährigen Auslandsaufenthalt an der Universität Birzeit oder in einem Betrieb in der Westbank verbringen können. „Für Frauen ist das Klima in Palästina sehr abgeschlossen.“ Außer StudentInnen sollen auch ProfessorInnen ausgetauscht werden, denn die Hochschule Bremen hat Bedarf an Lehrkräften im Grundlagenbereich und die Universität Birzeit wünscht sich Gast-Dozenten, die, so Mönch, in den „praktischen Niederungen von Unternehmen“ Erfahrungen gesammelt haben.

Barbara Debus
vgl. auch unten stehendes Interview mit Sumaya Farhat-Naser

Bei Sumaya wohnten wir auch mehrere Tage privat und erlebten so auch, unter welchen Beschränkungen Palästinenser schon damals lebten, obwohl ihre Familie in einem eigenen Haus schon eher privilegiert lebte. Interessant war die Reise auch deshalb, weil wir erleben mussten, unter welchen Schwierigkeiten vertrauliche Papiere wie ein später ja abgeschlossener Vertrag für die Uni BirZeit in Palästina zur Universität zu bringen war. Dies ging seinerzeit nur, da dieser Vertrag in Amman beim deutschen Botschafter Bartels, der übrigens aus Bremen stammte, in einen verschweißten Botschaftsbrief getan wurde, der von den israelischen Behörden nicht geöffnet werden durfte, wenn man über die Grenze der Allenby-Brücke nach Jerusalem einreiste. In Jerusalem wurde der Brief vom dortigen deutschen Botschafter Haas, der übrigens auch aus Bremen stammte, entgegengenommen und an die Universität BirZeit durch uns dann letztlich unbeschadet weitergeleitet wurde.



Vertragsunterzeichnung und Übergabe zwischen Hochschule Bremen und Universität BirZeit in der Universität BirZeit mit Prof. Sumaya Farhat-Naser, dem stellvtr. Rektor Baramki, dem Rektor der HS-Bremen Dr. Ronald Mönch und Wolfgang Klatt und Detlef Griesche und weiteren Repräsentanten der Hochschulen

Die Kooperationen litten von Anfang an aber unter den Einschränkungen ständiger Schikanen wie Schließungen und Razzien der völkerrechtswidrigen Besatzungsmacht Israel.

Seit der Gründung haben wir jedes Jahr mehrere Vorträge mit renommierten Referentinnen und Referenten zu den unterschiedlichsten Themen organisiert, und zwar sowohl palästinensische, jüdisch-israelische, deutsche und englischsprachige. Die Liste unserer Referenten und Referentinnen spiegelt quasi das who is who der bekanntesten Künstler, Wissenschaftler, Journalisten, Autoren und Musiker, die in der weltweiten Community der für Palästina engagierten Personen wider. Neben den Holocaust-Überlebenden Hajo S. Meyer und Reuven Moskovitz waren darunter so renommierte Referenten wie der nach England emigrierte an der Universität Exeter lehrende Prof. Ilan Pappé („Die ethnische Säuberung Palästinas“) und aus Israel wie Prof. Moshe Zuckermann, Dr. Shir Hever und Dr. Raif Hussein, aus Gaza Prof. Abed Schokry und Prof. Adnan Enshassi, aus Palästina die Wissenschaftler Clemens Messerschmid und die Filmemacherin Alia Rayyan, die palästinensischen Gesandten und Botschafter Abdallah Frangi, Abdel Shafi, Dr. Khaloud, die deutschen Wissenschaftler/innen Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Alexander Flores, Prof. Dr. Rolf Verleger, Dr. Muriel Asseburg, die junge Wissenschaftlerin aus Beirut Dr. Sarah El Bulbeisi, den Journalisten Andreas Zumach, Susann Witt-Stahl, die weltberühmte Autorin Susan Abulhawa



Podiumsveranstaltung im Bürgerhaus Hemelingen mit dem Fatah-Sprecher Dr. Jamal Nazzal, der stellv. Vorsitzenden Anette Klasing und dem Vorsitzenden Detlef Griesche

2007 hatten wir im Bürgerhaus Hemelingen ein interessante Veranstaltung mit Dr. Jamal Nazzal (Sprecher der Fatah in der Westbank, Ramallah, und enger Berater von Palästinenser-Präsident Abbas) zum Thema „Brennpunkt Naher Osten – wie ist Frieden möglich?“ Die Moderation vor vollem Saal hatte Anette Klasing, unsere stellv. Vorsitzende und für das Lidice-Haus selber seit Jahren in der Westbank gelebt und gearbeitet hatte. Im Jahr 2008 war Dr. Nazzal wiederum im Bürgerhaus Hemelingen zu Gast und zwar mit dem selben Thema. Die Veranstaltung war Teil der sog. „Integrationswoche“ vom 2.-10.Nov. 2008. Die Moderation hatte dieses Mal Hans Koschnick, der Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats a.D..



Hans Koschnick als Moderator der DPG-Veranstaltung mit Dr. Jamal Nazzal, Sprecher der Fatah

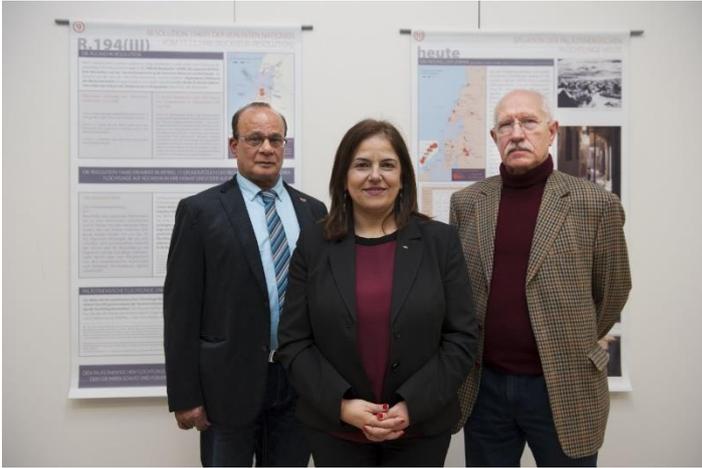
Gelegentlich gab es Störversuche von Seiten der einseitig israelorientierten Aktivisten. Auch gab es Denunziationen, etwa die Weitergabe von angeblich antiisraelischen Passagen oder Themen. So hatten sog. Antideutsche von einem Vortrag der Vorsitzenden der „Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina“ Iris Hefets angeblich gesagte Passagen nach Berlin an die Jüdische Gemeinde gemeldet. Die damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin prozessierte dann gegen Iris Hefets. Nachdem Zeugen geladen wurden, verlor die Jüdische Gemeinde ohne wenn und aber. Es protestierten auch schon mal eine Gruppe älterer Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Bremen anlässlich einer Veranstaltung vor

dem Übersee-Museum, geschickt von den Vorsitzenden, wie sie freimütig bekannten, des deutschen kaum mächtig. Seit einigen Jahren hat die DPG sich wie bereits oben erwähnt mit anderen Nahost-Engagierten Organisationen und Personen vernetzt und den Arbeitskreis Nahost-Bremen gegründet, indessen Zusammenhang nicht nur einzelne Vorträge organisiert werden, sondern auch ganze Reihen mit Musikveranstaltungen, Konzerte, Lesungen und Filmreihen. Höhepunkt war nach etlichen heftigen Widerständen war bislang eine „Nakba-Woche“, in deren Zusammenhang eine in ganz Deutschland schon gezeigte Nakba-Ausstellung im Wallsaal der Stadtbibliothek stattfand.



Eröffnung der Veranstaltung mit der weltbekannten palästinensischen Bestsellerautorin Susan Abulhawa aus den USA im übervollen Wallsaal der Stadtbibliothek Bremen

Versuche der Deutsch-israelischen Gesellschaft und sogar der Politik, diese zu verhindern, scheiterten, da selbst der Senat erkennen musste, dass es keine rechtliche Möglichkeit gab, sie zu verhindern. Es war am Ende die zweitgrößte Ausstellung, die je in der Stadtbibliothek stattfand. Ganze Schulklassen und Organisationen besuchten sie und buten +binnen drehte einen Film anlässlich der Eröffnung mit mir als Vorsitzendem und der palästinensischen Botschafterin aus Berlin.



Anlässlich der Eröffnung der NAKBA-Ausstellung im Wallsaal der Stadtbibliothek Bremen mit der Botschafterin Palästinas Dr. Khoulood Daibes mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der DPG-Bremen Saleh el Saray und em Vorsitzenden Dr. Detlef Griesche

Angeboten wurde den Gegnern eine eigene Tafel und eine gemeinsame Podiumsdiskussion, die allerdings völlig ohne Lerneffekte blieb. Im Rahmen der Wochen gelang es uns, die weltberühmte Bestsellerautorin Susan Abulhawa für eine begeisterte Lesung in den völlig übervollen Wallsaal vor ein begeistertes Publikum zu holen.



Die weltberühmte palästinensische Bestsellerautorin Susan Abulhawa aus den USA bei der Lesung im übervollen Wallsaal der Stadtbibliothek mit der Passagen auf deutsch lesenden Coautorin und Schauspielerin Saraya Sala und dem Moderator Mirco Griesche aus Hamburg

Auch konnten wir neben palästinensischen Filmen, die in Zusammenarbeit im Kommunalkino 46 gezeigt wurden, im großen Sendesaal (ehemals Radio Bremen) vor vollem Saal ein gemeinsames Konzert von Palästinensischen Musikern und dem Bremer Jugendorchester unter der Leitung von Martin Lentz realisieren. Ein weiteres Highlight war das Konzert von Aeham Ahmad, der als „Pianist in den Trümmern“ international bekannt wurde, im Saal der „Kulturambulanz“ des Krankenhaus Bremen-Ost. Er erhielt, nachdem er aus Jarmouk in Syrien vor dem „Islamischen Staat“ fliehen musste und in Deutschland erste Konzerte gab, den „Internationalen Beethovenpreis für Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Armutsbekämpfung und Inklusion“ für sein Klavierspielen inmitten der Trümmer für die Kinder.



Aeham Achmad, als er noch in den Trümmern im zerstörten Yarmouk sein Klavier auf eine Plattform stellte und in den Straßen für die verbliebenen Bewohner, vor allem die Kinder spielte, bis der „Islamische Staat“ sein Klavier zerstörte und er nach Europa flüchten musste.

In den Jahren 2007 -2012 unterstützten wir eine Initiative deutscher und Palästinensischer Studenten und Professoren, die sich zum Ziel gesetzt hatten in ein von ihnen erworbenes Anbaugelände eine neue Olivenplantage zu renaturieren um ältere Bäume herum. Die DPG beteiligte sich mit mehreren hundert Euro an dem Projekt und erhielt als sichtbares Zeichen für eine Baumpatenschaft auch ein Dokument eines namentlich gekennzeichneten Olivenbaumes.



Dokument unseres Paten-Olivenbaums in dem neuangelegten Anbaugelände



Ein Empfang 2000 im Senatssaal mit dem Bürgermeister und Präsident des Senats Dr. Henning Scherf mit Abdallah Frangi und dem Vorstand der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Bremen e.V.

Mehrfach hatten wir den langjährigen früheren Botschafter Palästinas Abdallah Frangi in Bremen zu Besuch, jeweils mit Interviews bei buten+binnen und Empfang bei den Präsidenten des Senats Wedemeier, Scherf, Börnsen und Sieling. Auch ein anderer ehemaliger palästinensischer Botschafter, Abdel Shafi, kam nach

nach Bremen um einen Workshop abzuhalten als Ausgleich zu einer Veranstaltung zur Lehrerfortbildung mit dem israelischen Botschafter. Das ganze fand mit der Leitung des LIS in deren Gebäuden in Findorff mit 200 Lehrern statt.

Auch der Versuch, eine Veranstaltung des Bremer Autors Arn Strohmeyer zur Vorstellung seines Buches in den Weserterrassen durch den Vorsitzenden der Bremer DIG zu verhindern, führte nach einer Sitzung des Vorstandes der Weserterrassen unter ihrem Vorsitzenden, dem ehemaligen Staatsrat und Vorsitzenden der Bremer Bürgerstiftung Dr. Christoph Hoppensack dazu, dass die Veranstaltung im 2. Anlauf stattfinden konnte und die Weserterrassen nach mehrstündiger Beratung im Vorstand eine öffentliche Erklärung abgaben, dass diese Veranstaltung und die DPG-Bremen nichts mit Antisemitismus zu tun haben und

„die DPG-Bremen bewegt sich im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung umfasst auch das Recht, die Politik von Regierungen in Deutschland und der Welt zu kritisieren. Von einer Kritik an der Politik eines Staates kann nicht auf eine grundsätzliche Anti-Haltung gegen über den in diesem Staat lebenden Nationen und ethnischen Gruppen geschlossen werden. Unter Beachtung dieser Grundsätze können die Räume des Bürgerhauses Weserterrassen auch für Veranstaltungen des Dialogs zu Themen des Nahost-Konflikts zur Verfügung gestellt werden.“



Volle Säle waren in der Regel die Reaktion auf Versuche unsere Veranstaltungen zu verhindern der zu stören. Diese Versuche konnten in einigen Fällen sogar mit Material (mails u.a.) belegt werden. Allerdings waren wir noch nie wie in anderen Städten gezwungen zugesagte Räumlichkeiten einzuklagen, da Vorwürfe von Antisemitismus und ähnlichen Unterstellungen sich stets als unhaltbar erwiesen. Auch direkte Störungen haben wir eher selten erlebt.

Ebenso versuchten die DPG und der AK-Nahost eine bundesweit gezeigte Ausstellung zur palästinensischen Geschichte auch in Bremen im DGB-Haus zu zeigen. Nach einigem Hin und her und massiven Drohungen der Jüdischen Gemeinde und DIG wurde die Ausstellung verschoben und dafür eine von der DGB-Vorsitzenden Annette Düring eröffnete Veranstaltung zum Thema im DGB-Haus realisiert.

Vor allem für Kinder waren Veranstaltungen mit dem palästinensischen Märchenerzähler Salim Alafenish ein besonderes highlight. Dieser in einem Beduinenlager groß gewordene Palästinenser erzählte eigene Versionen aus Märchen von 1000 und 1 Nacht. Es gab zu der Zeit in Deutschland nur 2 Märchenerzähler. Neben diesem gab es auch noch den Künstler Burhan Karkutli, der auch bei uns in Bremen zu Gast war und über sein Leben und seine Kunst berichtete.



Salem Alafenish erzählt spannend palästinensischen Märchen aus 1000 und 1 Nacht

Das größte Projekt, das wir, wie oben angedeutet, schon relativ zu Anfang mit Unterstützung des früheren Leiters des Landesamts für Entwicklungszusammenarbeit Gunther Hilliges realisierten war die Planung und Gründung eines Bauernhofs in BirZeit, das wir in Kooperation mit der Professorin Sumaya Farhat-Naser durchgeführt haben. Durch den Bauernhof mit mehreren Kühen und Schafen konnten die Kleinkinder und Kinder in 2 Dörfern mit Milch und Yoghurt versorgt werden. Durch die Realisierung dieses Bauernhofs konnten wir die gesamte

Palette schon der damaligen von Behinderungen und Verboten geprägten Willkür der israelischen Besatzung erleben. Letztlich aber wurde das Projekt dank der Beharrlichkeit von Sumaya Farhat-Naser mit Einschränkungen realisiert. Die DPG Bremen hat das Projekt mit insgesamt 22792,00 Euro gefördert. Daneben haben wir zwei kleinere Projekte in Kalandia gefördert.



Der Bauernhof in BirZeit und ein Einblick in die Produktion von Yoghurt für die Kinder des Dorfes BirZeit und Umgebung. Das hat sehr zur Versorgung mit Milch und Yoghurt beigetragen

Bei einem Besuch in BirZeit, als ich mit meinem Begleiter etwas länger als geplant bei Sumaya Farhat-Naser privat wohnte, zurück zum Flughafen mußte, aber plötzliche Ausgangssperre verhängt wurde, wir aber doch mit Sumaya bis Kalandia unweit von Ramallah mit dem Taxi fuhren, wurden wir von 3 jungen israelischen Soldaten, die schon bei brütender Hitze eine längere mehrere 100 Meter lange Schlange wartender Palästinenser am Weiterkommen hinderten, ebenfalls aufgehalten und das Taxi zurückgeschickt. Den Einlassungen der unerschrockenen Sumaya und unserem Begehren, die deutsche Vertretung sprechen zu können, was erst nach Vorzeigen unserer schwarzen Diplomatenpässe und dem Einschreiten eines Vorgesetzten gelang, verdankten wir, das wir anders als die willkürlich wartend der Sonne ausgesetzten Palästinenser, durch die Sperre durften. Allerdings hatten wir zwei angesichts der vorgehaltenen Gewehre dieser jungen Soldaten durchaus Angst, dass die durchdrehen, denn unsere als Bürgerschaftsabgeordnete zugeteilten Diplomatenpässe machten auf die zunächst keinen Eindruck. Das ganze wurde getoppt dadurch, dass, kaum daß wir zu Fuß fast Ramallah erreicht hatten, plötzlich das Taxi wieder auftauchte. Auf unser Erstaunen hin, erklärte uns Sumaya, dies sei ein hervorragendes Beispiel für die anlasslose Schikane, denn der Taxifahrer kam schlicht über Umwege zu uns. Das zeigte und lehrbuchhaft, wie schon damals tagtäglich die völkerrechtswidrige Besatzung das normale Leben der Palästinenser erschwerte um die Menschen zu erniedrigen.



Die DPG konnte auch in Gaza soziale Projekte unterstützen. So wurde ein Kindergarten, der von einer Partnerorganisation, dem Deutsch-Palästinensischen Frauenverein in Khan Yunis, einer Stadt im nördlichen GAZA-Streifen, mehrfach mit relevanten Summen unterstützt werden. Da die Gelder direkt persönlich in das Projekt eingebracht werden und durch keine Verwaltungskosten geschmälert werden, war die Dankbarkeit der Kinder sicht- und erlebbar.

Wir haben Stipendien in Zusammenarbeit mit der FES u.a. organisieren können, wobei die Tätigkeit des Vorsitzenden an der Uni hilfreich war, so konnte er auch als Vertrauensdozent Gutachten schreiben.

Vertreter der DPG haben bei etlichen Organisationen Vorträge gehalten, etwa vor Studentengruppen an der Universität Bremen, SPD-Ortsvereinen oder der „Universität der 3. Generation“ der AWO oder waren Teilnehmer auf Podiumsdiskussionen zum Thema „Palästina“, etwa organisiert von der „Landeszentrale für Politische Bildung“ oder der vhs-Bremen. Auch gab der Vorsitzende im Lauf der Jahre mehrere Fernseh- und Radio-Interviews.

Rund 1500 Teilnehmer bei Palästinenser-Demo auf Domshof

Protest gegen Politik Israels - Innenressort hatte für die Kundgebung strenge Auflagen erlassen

VON JOERG HELGE WAGNER

Bremen. Bis zu 1500 Menschen haben nach Polizeiangaben am Donnerstagnachmittag in der Innenstadt „gegen die Unterdrückung des Palästinensischen Volkes“ demonstriert. Nach den mitgeführten Fahnen bildeten die Teilnehmer auf dem Domshof einen Querschnitt der orientalischen Gemeinschaft: Neben Dutzenden PalästinenserInnen sah man auch jene des Libanon, der Türkei, Algeriens und des „Freien Syrien“. Am Rande Regenbogen mit „Pace“-Schriftzug, eine Friedenstaube und sogar Schwarz-Rot-Gold. Was es nicht gab: Israel-Flaggen, die angezündet oder als Fußabtreter missbraucht wurden.

Das Innenressort hatte jede Verherrlichung von Gewalt auf der „stationären Kundgebung“ verboten. Dazu zählte auch „das Beleidigen von Personen und Personengruppen in Wort, Bild oder Schrift“. Zudem waren Äußerungen untersagt, „die das Existenzrecht eines Staates verneinen – insbesondere dazu auffordern, Israel zu bekämpfen oder „auszurädern“. Für Gruppen und Organisationen, die derartige Aussagen unterstützen, durfte nicht geworben werden.

Zahlreiche Ordner der Palästinensischen Gemeinde und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft sorgten dafür, dass dies auch befolgt wurde. Die meisten Teilnehmer

hielten sich auch an die Maskenpflicht, doch der Mindestabstand war auf dem mit Gittern umstellten Platz kaum einzuhalten: Die Veranstalter hatten nur etwa mit einem Fünftel der Teilnehmerzahl gerechnet. In Sprechchören wurde „Free Palestine“ gefordert und Allah gepriesen. Judenfeindliche Parolen blieben aus, zumindest auf Deutsch.

Eigentlich sollte der Mufti der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem per Standleitung zugeschaltet werden und über Lautsprecher eine

Rede auf Arabisch halten, doch das scheiterte an technischen Problemen. „Die Kundgebung richtet sich gegen die eskalierende Gewalt in Palästina und Israel, insbesondere die völkerrechtswidrige Unterdrückung des palästinensischen Volkes und der zunehmenden Vertreibung und geplante Annexionen in Jerusalem“, betonte Detlef Griesche, Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. Das trete „momentan durch das absurde Raketenfeuer der Hamas

und die durch Palästinenserpräsident Mahmud Abbas abgesagten Wahlen in den Hintergrund“.

Die Rede des Bremer SPD-Politikers ging jedoch im allgemeinen Trubel ziemlich unter. Mittelpunkt des Geschehens war längst eine Gruppe junger Männer, die Parolen auf Arabisch skandierten und – angefeuert von den Umstehenden – mit ausgestrecktem rechten Zeigefinger offenbar auch kurze religiöse Phrasen rezitierte. Das Publikum war etwa so bunt wie die mitgeführten Fahnen und überwiegend jugendlich: Frauen mit Kopftuch oder Hijab in langen Gewändern neben Teenagern in knappen Topps, Sakkos und Trainingsanzügen, Afrikaner in traditioneller Kluff.

Auf Plakaten hieß es in Anlehnung an die Black-Lives-Matter-Bewegung und den Mord an George Floyd: „We can't breathe since 1948“ – wir können nicht mehr atmen seit 1948, also seit der Staatsgründung Israels. Zudem sei „Jerusalem die alleinige und ewige Hauptstadt Palästinas“ und Palästina „das einzige besetzte Land auf diesem Globus“. Gegen 16 Uhr löste sich die Veranstaltung langsam auf, abgesichert von schätzungsweise einer Hundertschaft der Polizei. Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft beobachteten das Geschehen vom Rande des Domshofs aus.

FOTO: CHRISTINA KUHALPT

Die DPG hat von Beginn an eng mit der Bremer Palästinensischen Gemeinde zusammengearbeitet, etliche Feste gefeiert und auch gelegentlich friedliche Demonstrationen durchgeführt. Die größte Demonstration wurde während des 2. Gazakrieges auf dem Domshof mit über 1500 Teilnehmern realisiert. Wie die Presse berichtete (auf Buten und

Binnen (und auch ARD in der Tagesschau) war es bundesweit die größte und gleichzeitig friedlichste, wie auch andere Demonstrationen in Bremen friedlich waren.



Beispiele von Demonstrationen für Palästina. Kleinere kreative vor dem Dom, auf dem Marktplatz und vor dem Haupt-Bahnhof Bremen und Großdemos mit nach Polizeiangaben friedliche mit geschätzt über 2000 Teilnehmern auf dem Domshof

Im Jahre 2010 hat sich die DPG-Bremen der DPG Bund angeschlossen und wurde bei Verbleib der juristischen Eigenständigkeit zur Regionalgruppe Bremen und umzu der DPG. Seit 2018 ist der Vorsitzende der DPG-Bremen Dr. Detlef Griesche auch Mitglied des Bundesvorstandes und stellvertretender Präsident des 5köpfigen Präsidiums und Mitherausgeber des Palästina Journals und Mitverfasser der regelmäßigen Rundbriefe.



Seit der Corona-Zeit konnten keine Präsenzveranstaltungen mehr stattfinden, aber der AK-Nahost Bremen hat jeden Monat eine online-Veranstaltung per ZOOM mit renommierten Referenten und Referentinnen mit zum Teil über 100 Teilnehmern durchgeführt, wobei der Interessenten-Kreis inzwischen bundesweit und darüber hinaus ausgeweitet werden konnte.

Erstmalig haben wir im Juni 2021 wie meist während der Corona-Zeit per digitaler ZOOM-software eine Hybridveranstaltung mit dem israelischen Wissenschaftler Prof.Dr. Moshe Zuckermann gemeinsam mit Frankfurter Organisationen regional übergreifend realisiert,

wobei die Präsenz in Frankfurt stattfand. Es waren erstmalig über 200 Teilnehmer insgesamt, davon 60 in Präsenz im Frankfurter Saal.



Auch gab der Vorsitzende Detlef Griesche einige aufgezeichnete video- Gespräche, die wie auch alle ZOOM-Veranstaltungen, die in den Corona-Jahren 2020-23 u.a. durchgeführt wurden, alle als YouTube-Filme im Netz noch abgerufen werden können. Hier ein Beispiel der ZOOM-Veranstaltung mit Prof. Dr. Moshe Zuckermann aus Tel Aviv in Israel

2017 wurde ich als Bremer das erste Mal in das Präsidium der Deutch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. auf Bundesebene gewählt. Zusätzlich engagiere ich mich in der Redaktion des Palästina-Journals und schreibe regelmäßig Artikel und Buchbesprechungen. Auch habe ich die Satzung überarbeitet und eine Geschäftsordnung für die Verfahren bei Versammlungen und Wahlen erarbeitet. Neu in die Satzung wurde die Ehrung für Ehrenpräsidenten/innen und Ehrenmitglieder/innen aufgenommen und ehemalige geehrt.

Im Jahr 2010 haben wir uns wie beschrieben als DPG-Bremen auch der Bundesorganisation angeschlossen und uns als Regionalgruppe der DPG-Bund bei weiter bestehenden Selbständigkeit eintragen lassen. Seitdem ist der Austausch und die Mitarbeit auf Bundesebene ausgebaut worden.

Auf der Jahrestagung 2023 wurde ich das dritte Mal wieder in das Präsidium gewählt. Auch Ivesa Lübben von der DPG-Bremen wurde erstmalig in das 5 köpfige Präsidium gewählt. Dies ist eine Bestätigung der jahrzehntelangen konkreten Arbeit für Palästina.



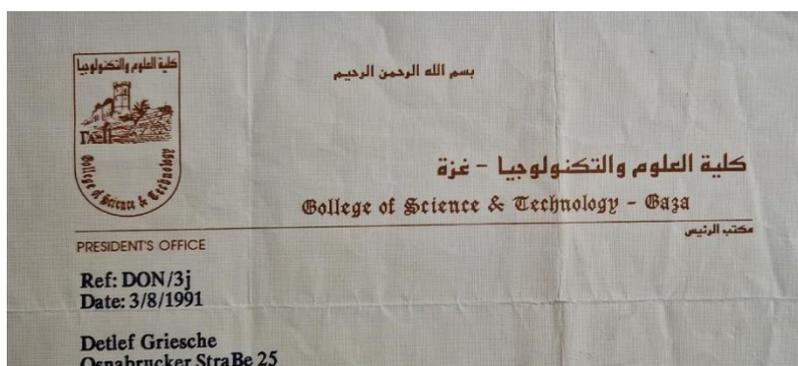
Das fünfköpfige Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft aus Bundesebene 2023. Von links: Ivesa Lübben, Dr. Detlef Griesche, der Präsident Nazih Musharbash, Dr. Ribhi Yousef und Ursula Mindermann im Koptischen Kloster Brenkenhausen bei Höxter

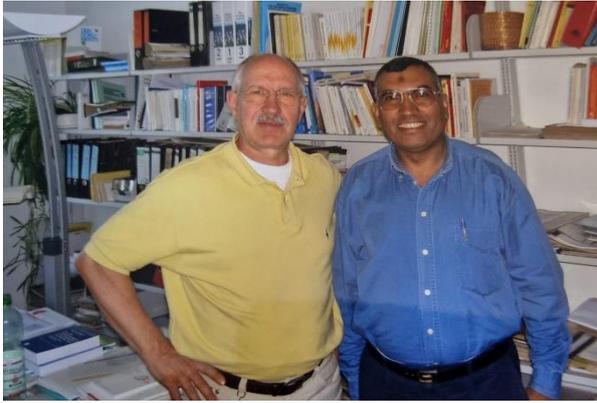
Besondere Aktivitäten realisierte die DPG vor allem über unsere palästinensischen Vorstandsmitglieder Mounir und Saleh el Sarey über das bisher skizzierte hinaus dadurch, dass wir nach dem 2. Gaza-Krieg mehrere verletzte Kinder mit ihren Begleitern in Kooperation mit dem Bremer St. Jürgens-Krankenhaus behandeln lassen konnten, unterstützt von Bremer Ärzten und vertraulich, dem Bürgermeister Dr. Henning Scherf, der bei den diplomatischen Schwierigkeiten half. Ein weiteres Projekt war im selben Jahr die Sammlung von Medikamenten und medizinischen Geräten für palästinensische Lager im Libanon in Verbindung mit dem Verein Orient-Okzident. Bei den Problemen half die Palästinensische Generaldelegation in Bonn.

Wir haben wie schon oben angedeutet, zwischen der Hochschule Bremen und der Universität Birzeit einen Kooperationsvertrag vermitteln können, damit Studentenaustausch und Forschungsprojekte realisiert werden konnten. Zur Unterzeichnung waren wir mit dem Rektor der Hochschule Ronald Mönch in Birzeit. Der Rektor der Uni BirZeit Naser lebte zu der Zeit noch im Exil in Amman. Wir besuchten ihn in Amman und Jahre später, als er aus dem Exil kommen konnte und eine Europareise, organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung, absolvierte und auch in Bremen Abwasseranlagen anschauen wollte, konnte ich ihn im Auftrag der Universität begleiten und auch privat betreuen.

In den Jahren 2005 -2010 konnten wir mit Hilfe der AWO (Arbeiter-Wohlfahrt) Bremen für diese 5 Jahre zur Unterstützung unserer Arbeit, insbesondere der Projektbetreuung, eine Person als ABM-Kraft (damals sog. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) einstellen. Ein Palästinenser, der an der Universität studierte, konnte so während seines Studiums gefördert werden.

Wir konnten Stipendien für Palästinenser an Uni und Hochschule im wesentlichen über die Friedrich-Ebert-Stiftung vermitteln. Ebenso konnten wir Familie bei Job- und Wohnungssuche helfen. Eine besondere Unterstützung für einen Palästinensischen Studenten konnten wir erreichen, indem wir ihm eine 3jährige ABM-Stelle in Verbindung mit der AWO, wo ich zu der Zeit im Landesvorstand saß. Ebenfalls konnten wir einem Palästinensischen Professor aus der Islamischen Universität GAZA 3 mal einen Forschungsaufenthalt an der Universität Bremen im „Institut für Projektmanagement und Innovation“ in Verbindung mit der Naumann-Stiftung organisieren, da ich dort als Dozent tätig war. Hieraus entstand auch ein gemeinsamer umfangreicher wissenschaftlicher Artikel in einer führenden arabischen Wissenschaftszeitschrift. Eine weitere Unterstützung für eine wissenschaftliche Einrichtung in Gaza, und zwar des „College of Science & Technology in Khan Yunis im Norden haben wir 1991 mit einem ersten Besuch beim Präsidenten Prof. Dr. Reyad Al-Agha ermöglicht.





Mehrmalige wissenschaftliche Kooperation mit palästinensischen Wissenschaftlern durch Forschungsaufenthalte an der Universität – hier im Institut für Projektmanagement und Innovation (IPMI) mit Prof. Adnan Enshassi von der Islamischen Universität Gaza-Stadt. Ermöglicht und finanziell unterstützt wurden diese Kooperationen vom DAAD und Stiftungen von Parteien.



Die DPG konnte auch hier in Gaza ein soziales Projekt unterstützen. So wurde ein Kindergarten, der von einer Partnerorganisation, dem Deutsch-Palästinensischen Frauenverein in Khan Yunis, einer Stadt im nördlichen GAZA-Streifen, mehrfach mit relevanten Summen unterstützt werden. Da die Gelder direkt persönlich in das Projekt eingebracht werden und durch keine Verwaltungskosten geschmälert werden, war die Dankbarkeit der Kinder sicht- und erlebbar.

Einige unserer Mitglieder sind seit Jahrzehnten auch in anderen palästinaorientierten Organisationen und Institutionen tätig. So ist unsere 2. Vorsitzende Anette Klasing seit langem in der Jugendbegegnungsarbeit tätig und leitet oft Kurse und Veranstaltungen in dem Pfarrer Reverend Dr. Mitri Raheb gegründeten Begegnungszentrum Dar al-Kalima, heute ein Universitätskolleg für Kunst und Kultur in Bethlehem, wo der international anerkannte Mitri Raheb Präsident ist und für seine Arbeit zahlreiche internationale Preise erhielt, so den Aachener Friedenspreis 2008 für sein Engagement für ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern.



Der Direktor von Dar al-Kalima Reverend Dr. Mitri Raheb im Gespräch mit Anette Klasing (2. Vorsitzende der DPG-Bremen und einige Zeit Vorsitzende des Fördervereins Bethlehem-Akademie Dar al-Kalima e.V.).

Darüber hinaus hat die DPG-Bremen in all den Jahren auch öffentliche Stellungnahmen abgegeben, sei es über Leserbrief oder Gastkommentare in der regionalen Zeitung Weser-Kurier, Stellungnahmen und Briefe an Abgeordnete des Bundestages oder der Bremer Bürgerschaft/ Landtag. Unsere Vorstandsmitglieder haben darüber hinaus in den Publikationen der Bundes-DPG Beiträge geliefert, so für die zahlreichen Rundbriefe, als Autoren im Palästina-Journal, für die homepage der DPG www.deutsch-palastinensische-gesellschaft.de oder die homepage des AK-Nahost Bremen www.nahost-forum-Bremen.de.

Zwei Demokratien statt eines Apartheid-Staates

Detlef Griesche
über Antisemitismus

Die Ächtung von Antisemitismus ist ohne jeden Zweifel gesellschaftlich notwendig. Wenn jedoch konstruktive friedensorientierte Kritik an der israelischen Besatzungspolitik in Antisemitismusvorwürfe und Diffamierung von Friedensaktivisten in Israel wie in Deutschland mündet, dann wird der Anti-Antisemitismus politisch missbraucht. Das führt zur Einschränkung von demokratischen Grundrechten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Selbst in Israel mehren sich die Stimmen von Wissenschaftlern, Schriftstellern und ehemaligen Politikern, Militärs und Geheimdienstlern, die wie der Holocaust-

Überlebende und bedeutende Philosoph Zeev Sternhell „die Besatzung als größtes Desaster der modernen Geschichte seit der Shoah“ sehen. Die Einschränkung von Rechten für NGOs, Rassegesetze gegen die Rechte der Palästinenser, gezielte Schüsse mit scharfer Munition durch eine hochgerüstete Armee auf unbewaffnete Demonstranten, die demonstrative Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, um nur einige aktuelle Beispiele neben den jahrzehntelangen Schikanen an Checkpoints, der Zerstörung von Tausenden Häusern und Plantagen, willkürlichen Verhaftungen ohne Anklagen und die vorangetriebene Siedlungspolitik zu nennen, zeigt, wie die „einzige Demokratie in Nahost“ beim „Prozess der Selbsterstörung“ voranschreitet. Berühmte Autoren wie Amos Oz und David Grossman sehen, „dass die Demokratie langfristig an der Besatzung zugrunde

geht“ und dass Israel „die letzte westliche Kolonialmacht“ ist. Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Ronald S. Lauder schrieb jüngst, dass „solche kurzfristige israelische Politik eine irreversible Ein-Staat-Realität (schafft)“.

Wenn Palästinenser dann volle Rechte bekämen, wäre dies kein jüdischer Staat mehr. Aber ohne Rechte wäre das keine wie auch immer gestaltete Demokratie mehr, sondern ein Apartheid-Staat! Einert wird hier auch an die zionistischen Ideale und Einstellungen. Schon früh schrieb Ben-Gurion in seinen Tagebüchern: „Wer Zionismus vom moralischen Standpunkt betrachtet, ist kein Zionist.“

Zum Geburtstag des Staates Israel fallen die Reden besonders laut aus, weil jeder im Grunde weiß, dass die Realität derzeit ganz anders aussieht. Nie wieder Rassismus, Toleranz der Völkerrechtsnormen – diese Lehren aus dem Faschismus soll-

ten eigentlich auch und gerade heute für Israel gelten. Nur ein demokratisches Israel neben einem demokratischen Palästina in den früheren Grenzen würde die weltweite Akzeptanz gewinnen und könnte zum Frieden im Nahen Osten beitragen. Kritik an der Besatzungspolitik ist somit kein Antisemitismus und wichtiger denn je!



Unser Gastautor
ist Mitglied des erweiterten Präsidiums der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. Von 1982 bis 1991 war der Universitätsdozent SPD-Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Völkerrechtsbruch statt Friedensplan von Trump

Detlef Griesche
über die amerikanische Nahostpolitik

Seit Langem ist der „Friedensplan“ von Trump groß angekündigt. Stattdessen immer neue Fakten zur Verhinderung eines gerechten Friedens. Am 14. Mai 2018 hatten die USA die Verlegung ihrer Botschaft nach Jerusalem mit einer demonstrativen Zeremonie trotz weltweiter Proteste eröffnet. Der offizielle „Amerika Dienst“ zitierte Präsident Trump, er habe: „Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und den Frieden zwischen Israel und Palästinensern gefördert“.

Der ehemalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel bezeichnete diesen Schritt schon früh als „sehr gefährliche Entwick-

lung“ und dass die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels „nicht einen Konflikt beruhigt, sondern eher ihn noch einmal anheizt“ und mit einem Schlag jede Chance auf eine friedliche Lösung basierend auf der Zwei-Staaten-Lösung zunichte macht. Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, dass eine einseitige Erklärung Israels, Jerusalem als Israels Hauptstadt zu diktiertem Verstoß gegen Völkerrecht und UN-Resolutionen ist.

Jerusalem hat einen großen symbolischen Wert für Palästinenser, Christen und Muslime. Ost-Jerusalem ist ein integraler Bestandteil der 1967 besetzten Gebiete, weswegen die israelische Souveränität über Ost-Jerusalem auch bis heute international nicht anerkannt ist. Der Status von Jerusalem ist im Rahmen von Endstatusverhandlungen als Kernfrage bilateral zu verhandeln. Einen

Staat Palästina ohne Ost-Jerusalem als Hauptstadt kann es daher auch nicht geben.

Zehn Monate nach der Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem schlossen jetzt die USA das für Palästinenser zuständige Konsulat in der Altstadt von Jerusalem. Es bleibt eine personalmäßig deutlich herunter gestufte „Mini-Abteilung“ in der neuen Botschaft. Damit zeigen die USA, worum es wirklich geht: die Festschreibung der völkerrechtswidrigen Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt Israels.

Zukünftig müssen alle konsularischen Angelegenheiten, die das besetzte Westjordanland betreffen, direkt über die Botschaft laufen und die Palästinenser sind damit abhängig von der Einstellung der palästina-kritischen US-Botschaft. Das fügt sich in eine Reihe eindeutiger politischer Maßnah-

men der letzten Zeit ein, wie auch die Schließung der Vertretung der Palästinenser in Washington und die Streichung von Hilfs-geldern an das UN-Hilfswerk UNRWA, wodurch sich die Lage der Palästinenser weiter verschlechtert hat.

Das alles ist keine schöne Perspektive für ein zukünftiges friedliches Nebeneinander.



FOTO: GRIESCHE

Unser Gastautor
ist Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. Er ist Universitätsdozent außer Dienst und war von 1982 bis 1991 Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

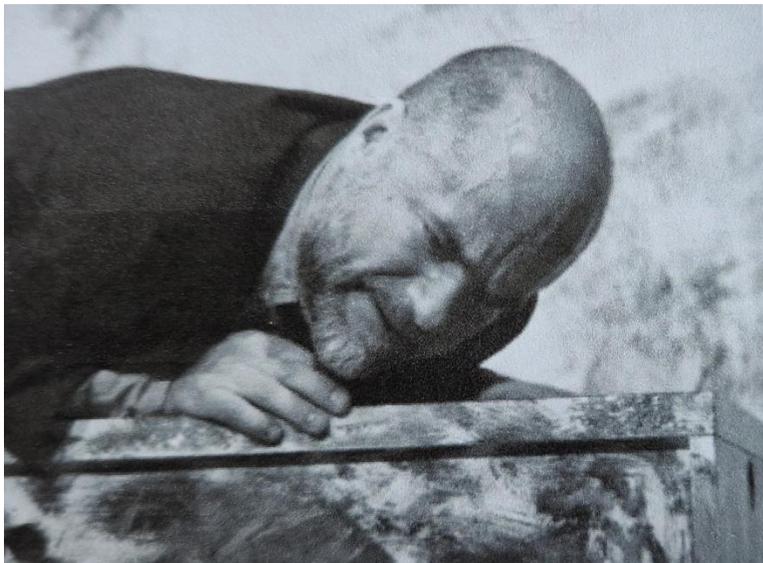


Dies sind zwei Beispiele neuerer Ausgaben des Palästina-Journal der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Seit dem August 2023 unterstützen wir nach einem privaten Besuch des Professors Dr. Abed Schokry von der Universität Gaza zur authentischen Information und Diskussion über die realen katastrophalen Verhältnisse mit anderen Organisationen und der Bundes DPG mit namhaften Beträgen ein Projekt zur Ausstattung von Schulanfängern, die mit Schulranzen incl. Inhalt und Schulanzug unterstützt werden. Für ein Kind reichen schon 30 Euro zur Ausstattung. Das Projekt wird auch in den Folgejahren fortgesetzt.



Erstaunlich bleibt, dass es trotz der jahrzehntelangen Unterdrückung, Verfolgung, Entrechtung und den Versuchen, die palästinensische Identität zu zerstören weltweit beachtete Palästinensische Intellektuelle, Künstler und Politiker versuchen, über alle brutalen direkten und ideologischen Grenzen hinweg mit friedensorientierten engagierten Juden und Israelis zu kooperieren und gemeinsame Projekte der Verständigung auf den Weg zu bringen. Besonders beeindruckend sind jene Palästinenser, die alles verloren haben und deren Familienmitglieder getötet wurden. Ein solcher ist Izzeldin Abuelaish, ein im Flüchtlingslager Dschabaliya in Gaza-Streifen geboren, der später als einziger jemals in einem israelischen Krankenhaus arbeitete. Obwohl seine drei Töchter und weitere Familienmitglieder im Gaza-Krieg getötet wurden, rief er mit einem weltweit in 12 Sprachen übersetztem Buch „Ich Werde Nicht Hassen. Meine Töchter starben- meine Hoffnung lebt weiter“ statt zu Hass und Wut zur Versöhnung auf. Aus der Buchvorlage entstand ein eindrucksvolles Theaterstück, das weltweit Furore machte und auch von uns in Bremen im Saal des Gemeindezentrum Zion in der Neustadt in einer Monologfassung vom Schauspieler Michael Morgenstein veranstaltet wurde.



Michael Morgenstein bei der Aufführung „Ich werde nicht hassen“ in Bremen am 17. Nov. 2019

„Hass macht blind und führt zu irrationalem Denken und Verhalten. Frieden ist Menschlichkeit. Frieden bedeutet Respekt. Frieden ist ein offener Dialog. Heute notwendiger denn je.“ (Izzeldin Abuelaish)

Am 25. August 2023 erhielten wir nach fast 25-jährigem Bestehen erneut den Bescheid über die Gemeinnützigkeit unserer Gesellschaft. Das setzt uns instand, weitere soziale und kulturelle Projekte vor Ort in der besetzten Westbank und Gaza zu unterstützen und hier in Bremen und umzu unsere Aufklärungsarbeit für Frieden und Verständigung fortzusetzen.



Als wir die Gesellschaft gegründet haben, war die Situation der Palästinenser so unerfreulich, dass wir die Gesellschaft gegründet haben. Wir hätten uns nie denken können dass sich die Situation über die Jahre und Jahrzehnte immer weiter verschlechtert und aus der damaligen Besatzungssituation ein zunehmender Prozess einer „Ongoing-Nakba“ entwickeln würde, der aktuell seit der Wahl 2023 immer deutlicher dahin zielt, auch die besetzten Gebiete Stück für Stück zu annektieren durch tagtägliche Übergriffe radikaler Siedler, Hauszerstörungen, Plantagenzerstörungen und neue illegale Siedlungen auf palästinensischem Grund und Boden. Forciert und legitimiert wird dieser Prozess durch die offen formulierten Pläne und Strategien der in der rechtesten Regierung, die Israel je hatte, zweier integrierten offen rassistischen Minister. Inzwischen ist auf Grund der Auseinandersetzungen in Israel um die Abschaffung elementarer demokratischer Rechte die Diskussion um die zukünftige Verfassung des israelischen Staates zwar voll entbrannt und selbst deutsche Medien berichten wie nie zuvor über die Situation, aber weder findet man bei den Übertragungen in unseren Medien Hinweise auf die

Besatzung und die Probleme in den palästinensischen Gebieten, noch spielt es eine wichtige Rolle in den zahlreicher werdenden Stellungnahmen auch führender Medienvertreter, Politiker oder Wissenschaftler. Die Frage bleibt bis auf wenige Ausnahmen ausgeklammert.

Resümee: Solidaritätsarbeit für Palästina bzw. Palästinenser, die sich nicht in rhetorischen Einlassungen oder Gremienarbeit erschöpft oder in der Echokammer des Austausches von Stellungnahmen und sonstigen Texten innerhalb der verschiedenen Solidaritätsgruppen, stößt angesichts der deutschen Geschichte und der dadurch engen Verbundenheit mit dem Staat Israel und die Vorgabe des Topos der nicht näher definierten deutschen „Staatsraison“ in Bezug auf Israel auf Widerstände, oft unhaltbare Vorwürfe der Israelfeindlichkeit und der häufig an die Grenzen der aggressionsbesetzten Denunziation gehenden aktuell gerade wachsenden Antisemitismusvorwürfe, die selbst vom deutschen Bundesverwaltungsgericht und einigen Urteilen in Kommunen u.a. mit dem Verweis auf unsere rechtstaatliche Verfassung und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit inzwischen mehrfach ad absurdum geführt wurden. Allerdings scheint sich angesichts der neuen Regierung Israels seit 2023, in der auch rechtsradikale und rassistische Minister maßgeblich vertreten sind, und deren inhaltlichen Positionen und die Reste der Demokratie abbauenden Politik weltweit ein Umdenken anzudeuten. Vor kurzem noch undenkbar Beschreibungen israelischer Besatzungs- und Annektionspolitik als Apartheid wurden von tausenden hochangesehener vor allem nicht nur, aber auch israelischer und jüdischer Holocaust- und Kolonialismusforscher weltweit kritisiert. Selbst in deutschen überregionalen Leitmedien wurden vor dem 7.10.2023 immer häufiger Artikel platziert, die faktenbasiert über die Entwicklung berichten und mit der unseligen Antisemitismusdebatte in Deutschland sachgerechter und kontextbezogener umgehen und die Gefahr für den Abbau grundgesetzlich abgesicherter Meinungsrechte thematisch aufgriffen.

Damit war es schlagartig nach den furchtbaren Taten der Hamas am 7. Oktober 2023, nachdem sie die Grenzzäune überwand und ca. 1200 Israelis umkamen und weitere ca. 200 als Geiseln genommen wurden. Über Nacht begann ein furchtbarer Krieg Israels gegen die Hamas, um dies vollständig auszuschalten. Da halfen auch keine internationalen Appelle sich nach Völkerrecht zu mäßigen. Tausende Palästinenser der Zivilgesellschaft wurden in kurzer Zeit Opfer Bomben. Nach drei Wochen startete Israel den Bodenkrieg und forderte die Zivilbevölkerung im Norden auf in den Süden zu fliehen, was in kürzester Zeit hunderttausende, aber nicht alle machten. Nach 3 Wochen waren es bereits über 10000 Getötete, ein großer Teil Kinder und Frauen, sowie Behinderte, Alte und Kranke, da auch die Krankenhäuser bombardiert wurden. Appelle des Generalsekretärs der UN nach sofortigem Waffenstillstand und Zugang von Lastern mit Hilfsmitteln, Wasser und Nahrung wurden tagelang ignoriert. Selbst die Appelle der amerikanischen Regierung nach Waffenpausen wurden sehr spät für jeweils einige Stunden akzeptiert. Während dessen forderten israelische Thinktanks, die die Regierung berieten, den Gazastreifen platt zu machen und alle Palästinenser in Richtung Sinai zu vertreiben oder ein Minister, der sogar offen forderte, die Atombombe auf den Gazastreifen zu werfen. Weitgehend übersehen wurde, dass gleichzeitig auch in der Westbank die radikalen Siedler, flankiert vom Militär immer aggressiver wurden und palästinensische Bauern von ihren Feldern und Dörfern vertrieben, was sogar den US-Präsidenten Biden motivierte zu intervenieren – allerdings ohne sichtbaren Erfolg.

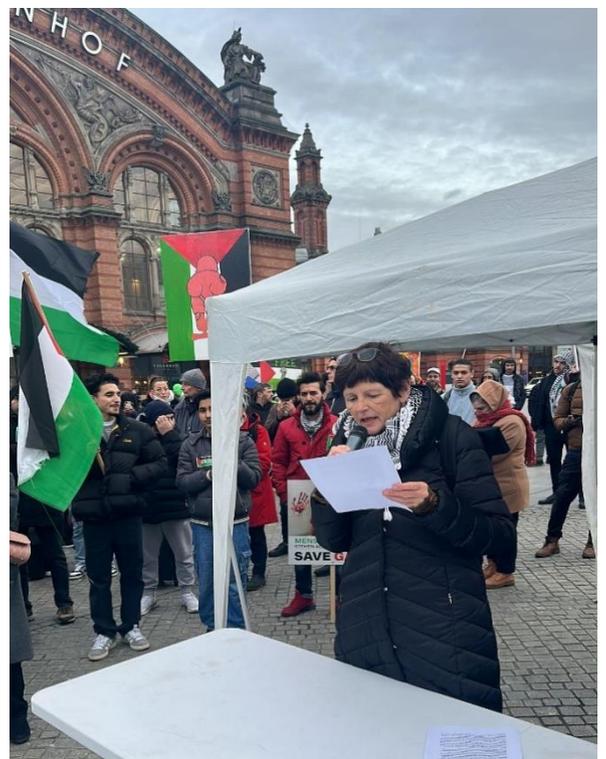
In dieser Zeit haben wir gemeinsam mit unseren Freunden von der Palästinensischen Gemeinde zahlreiche zumeist friedliche Demonstrationen organisiert, manchmal mit

mehreren Tausend Teilnehmern. Die Demonstration vom 24.11.2023 kann man exemplarisch auf dem Video in voller Länge mit Umzug, Interviews und Reden nachempfinden: <https://youtu.be/TB3l78cE1q4>

Ebenso haben wir als Mitglieder der Bundes-DPG alle 3 Tage einen Rundbrief mit aktuellen Informationen realisiert, denn der Mainstream der deutschen Politik und Medien war eindeutig gegen jede Kontextualisierung der Vorgänge mit der 75 jährigen völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik mit der zunehmenden Zersplitterung der Westbank durch den Bau von immer mehr „Siedlungen“. Die lange Vorgeschichte der völkerrechtswidrigen Besatzung mit immer mehr Landraub und Siedlungsbau, tausenden Inhaftierten ohne Gerichtsbeschluss, Zerstörung von Olivenplantagen und Häusern, sodass immer mehr NGOs, Amnesty International und zahlreiche auch jüdische Wissenschaftler und sogar ehemalige hochrangige israelische Politiker und Militärs sollte einfach ausgeblendet werden. Allerdings wurde im Verlauf der militärischen Operationen des israelischen Militärs mit zigtausend Toten, darunter fast die Hälfte Kinder und Frauen, zunehmend Sterbende Patienten in nicht mehr funktionstüchtigen Krankenhäusern und mangelnder Versorgung wurden die Fragen nach einer Friedenslösung mit einer tragfähigen Lösung für die Palästinenser international immer lauter, während israelische Minister forderten, ganz Gaza platt zu machen und sogar eine Atombombe auf den Gazastreifen zu werfen. Und der Ministerpräsident, der etliche Verfahren am Hals hat zeigte in der UNO-Vollversammlung noch 2 Monate vorher eine Plakattafel, auf der kein Palästinensergebiet mehr zu sehen war, quasi von „the river to the sea“, wofür für Palästinenser Verhaftung und Strafe stehen, würden sie dasselbe zeigen. Ebenso steht eine wortgleiche Formulierung im Partei-Programm des Likud.

Bilder von den wöchentlichen Demonstrationen in den Jahren 2023/24 nach dem 7.10.2023, bei denen ständig mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verzeichnen waren, manchmal trotz strömendem Regen an die tausend Palästinenser und Deutsche gemeinsam. Neben den Rednern der Palästinensischen Gemeinde Bremen und Umzu e.V. traten mit weiteren Beiträgen nur die Vertreter der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Bremen e.V. die DPG- Präsidiumsmitglieder Ivesa Lübben und Dr. Detlef Griesche aus Bremen auf.





DPG-Vizepräsident Dr. Detlef Griesche bei der Demonstration vor dem Hauptbahnhof . DPG-Vizepräsidentin Ivesa Lübben



Dieses Plakat dokumentiert die Atmosphäre der Demonstrationen für GAZA in Bremen

Bremen, den 31.12.2023

Dr. Detlef Griesche